

Generalsekretärin Angela Merkel:

## Die Osterweiterung der EU ist im deutschen Interesse

Der Europawahlkampf war das Hauptthema der heutigen Beratungen im Parteipräsidium. Die CDU erklärt zu ihrem Wahlziel, gemeinsam mit der CSU wieder die stärkste europapolitische Kraft in Deutschland zu werden.

Wir werden in einem Leitantrag deutlich machen, daß die CDU die Europapartei der Bundesrepublik Deutschland ist. Allerdings reicht das Bekenntnis zu Europa allein noch nicht aus. Europa muß man nämlich richtig machen.

### Pressekonferenz der Generalsekretärin am 22. Februar im Konrad-Adenauer-Haus

Dafür haben wir die richtigen Lösungen. Wir wollen kein sozialistisches Europa, sondern ein Europa des Wettbewerbs. Nur so kann auch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, nicht aber mit zentralistischen Beschäftigungsprogrammen. Wir wollen gerechte Beitragszahlungen. Korruption und ein Übermaß an Bürokratie müssen bekämpft werden.

Wir müssen deutlich machen, daß wir die Osterweiterung der Europäischen Union bis 2002 wollen. Sie ist im deutschen Interesse.

Im Jahre 2002 sollen die institutionellen Voraussetzungen in Europa geschaffen sein, um die Osterwei-

*Fortsetzung auf Seite 3*

### HEUTE AKTUELL

#### ● Volkspartei

Generalsekretärin Angela Merkel: Die CDU muß da sein, wo die Leute sind. Seite 4

#### ● Volker Rühle:

Die Osterweiterung ist ab 2002 möglich. Seite 6

#### ● Agenda 2000

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr an Minister Funke: Nehmen Sie die Proteste der deutschen Landwirte ernst. Seite 10

#### ● Rentenpolitik

Riester plant den zweiten Sündenfall der SPD. Seite 17

#### ● Aufruf

Machen Sie mit beim Wettbewerb „Mitten im Leben. Seite 30

#### ● UiD-Extra

Wolfgang Schäuble: Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung ist Ausdruck von Zerstrittenheit, Rat- und Hilflosigkeit. Rede im Deutschen Bundestag am 24. Februar. Innenteil

#### ● Dokumentation

Agenda 2000. Woran wir die Bundesregierung messen. Positionspapier von CDU und CSU. Grüner Teil

## Kurz & gut

### Schon bei der nächsten Gelegenheit gezeigt:

### Wir können es

„Die Botschaft von gestern ist: Die CDU ist wieder da. Die Frage war doch: Wie lange dauert es nach einer schweren Wahlniederlage wie der vom 27. September, bis sich jeder wieder jeden Tag vergegenwärtigen muß: Die können auch siegreich sein. Die Antwort darauf: Es hat die kürzestmögliche Zeit gedauert. Schon bei der nächsten Gelegenheit haben wir gezeigt: Wir können es.“

Roland Koch, Wahlsieger in Hessen am 8. Februar im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn

### Der Erfolg einer großartigen Mobilisierung

„Ein sensationelles Wahlergebnis für Roland Koch und die hessische CDU insgesamt“ hat CDU-Generalsekretärin Angela Merkel das Abschneiden ihrer Partei bei den Landtagswahlen in Hessen genannt. Es bringe zum Ausdruck, daß der Start der rot-grünen Regierung in Bonn mißlungen sei, und bestätige der CDU den Erfolg einer großartigen Mobilisierung ihrer Wähler.

### Rückenwind für die CDU NRW

Hessen zeigt erneut: Es gibt keine festen Wählerblöcke. Die Wählerinnen und Wähler sind flexibel geworden und entscheiden kurzfristig, wem sie ihre Stimme geben. Herbert Ruhl, Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU: „Für uns in NRW gilt jetzt, die Aufbruchstimmung, die von Hessen, aber auch von unserem Landesparteitag ausgeht, unterschieden nutzen.“

## Starke Wählerwanderung zugunsten der CDU

Erste Ergebnisse einer Wählerwanderungs-Analyse des Infas-Instituts zeigen: Der Sieg der CDU bei der hessischen Landtagswahl basiert im wesentlichen auf zwei Wählerströmen. 70.600 Stimmen hat danach die CDU von Wählern erhalten, die bei der Landtagswahl 1995 nicht zur Wahl gekommen sind. 47.800 Wähler, deren Stimmen 1995 der FDP zugute kamen, haben sich diesmal für die CDU entschieden. Beide Wählerbewegungen zusammen, erklären 98 Prozent der Zuwächse für die CDU. Außerdem ermittelte das Institut, daß die CDU 3000 frühere SPD-Wähler für sich haben gewinnen können. Ausschlaggebend für den CDU-Sieg sei aber die hervorragende Mobilisierung der eigenen Wählerschaft gewesen.
---

NRW

**DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE**

**NR. 6**

**Wir haben nicht nur von der besseren Mobilisierung profitiert, sondern auch von einem großen Stück eigener Überzeugungsarbeit.**

Roland Koch, der designierte neue Ministerpräsident in Hessen

## Wolfgang Schäuble: Wir haben in Hessen unsere Chance genutzt

„Mit großer Freude haben wir auf den großartigen Wahlsieg der hessischen CDU mit Roland Koch an der Spitze reagiert. Wir haben Roland Koch zu seinem engagierten und couragierten Wahlkampf gratuliert und ihn und alle seine Freunde dazu beglückwünscht, daß sie ihre Chance so überzeugend genutzt haben.“

Mit diesen Worten hat Wolfgang Schäuble Beratung und Aussprache in Präsidium und Bundesvorstand der CDU zum Wahlergebnis in Hessen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Generalsekretärin Angela Merkel und dem Spitzenkandidaten bei der hessischen Landtagswahl, Roland Koch, am 8. Februar im Konrad-Adenauer-Haus wiedergegeben.

„Eine schallende Ohrfeige für Herrn Schröder und seine rot-grüne Regierung“ hat der Parteivorsitzende den Wahlsieg der hessischen CDU genannt. „Bei allen landespolitischen Besonderheiten“ – so Schäuble – habe dazu „sicherlich auch das bundespolitische Klima beigetragen“: die Reaktion der Wählerinnen und Wähler in Hessen auf 100 Tage Rot-Grün in Bonn mit dem

Chaos bei den 630-Mark-Verträgen, in der Energiepolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Sozialpolitik und mit den ständig neuen Meldungen vor allem über geplante Steuererhöhungen.

Wolfgang Schäuble: „Es hat sich bei dieser Wahl aber auch gezeigt, daß die Union eine starke und kampagnefähige Partei ist.“ Die CDU habe die Wahl gewonnen, weil es der hessischen CDU ganz offensichtlich weit besser gelungen ist als SPD und Grünen, ihre Anhänger zu mobilisieren.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Wahl in Hessen: SPD, PDS und Grüne haben im Bundesrat keine Mehrheit mehr. CDU und CSU haben in diesem Gremium zwar ebenfalls keine Mehrheit, auch CDU und FDP nicht. „Aber die Gefahr,“ – so Schäuble – „daß die rot-grüne Koalition der Hybris anheimfällt und glaubt, sie könne nach der Bundestagswahl am 27. September nun alles in Deutschland regeln und bestimmen – von der Besetzung der Europäischen Union bis hin zur Festlegung auf das Staats- oberhaupt – ist jetzt gebannt.“

### Rückgängig gemacht

Die vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement mit großem persönlichen Engagement gegen den empörten Widerstand von Richtern und Juristen durchgesetzte, bundesweit einmalige Zusammen-

legung von Innen- und Justizministerium muß nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs in Münster rückgängig gemacht werden. Oppositionsführer Helmut Linssen: „Nach Hessen der zweite schöne Tag in dieser Woche.“

### Gegen die Verfassung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die Abschaffung des Ehegatten-splittings ab. Streichung oder Kappung, wie es in der rot-grünen Koalition diskutiert wird, träfe Familien mit Kindern. Betroffen wären vor allem diejenigen

Familien, in denen ein Elternteil wegen Kindererziehung die Berufstätigkeit einschränkt oder auf sie verzichtet. Eine solche Maßnahme wäre verfassungswidrig und diskriminierte die familiäre Erziehungsarbeit.

## CDU/CSU: Bundesregierung ohne Konzept

**Vier Monate nach Antritt der rot-grünen Koalition hat die Opposition eine verheerende Bilanz der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung gezogen.**

Zu Beginn der viertägigen Bundestagsdebatte über den Haushalt 1999 warfen Redner von CDU/CSU und FDP den Regierungsparteien Konzeptionslosigkeit, einen falschen Politikansatz und handwerkliches Unvermögen vor.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, griff die Steuerpolitik der Koalition scharf an. Ständige Änderungen und Nachbesserungen legten

den Eindruck nahe, daß Lafontaine „fachlich überfordert“ sei. Ferner bezichtigte Merz den Minister indirekt der Unwahrhaftigkeit. Zwar rede er davon, daß Steuererhöhungen nicht in die Konjunkturlandschaft paßten, doch sei absehbar, daß Lafontaine bald die Mehrwertsteuer anheben werde.

Die „Süddeutsche“ kommentiert: „Der Auftakt der Bonner Haushaltsdebatte 1999 war keine Sternstunde für den Finanzminister. Der 'gequälte' Gesichtsausdruck des Kanzlers, den Oppositionssprecher Friedrich Merz während der Rede Lafontaines ausmachte, war unübersehbar.“

### Fortsetzung von Seite 1

terung durchzuführen. Bis dahin müssen die Beitrittsländer auch ihrerseits die entsprechenden Bedingungen erfüllen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie im Sinne einer umfassenden Vertretung deutscher Interessen nicht nur mit Zahlen und Geldzahlungen argumentiert, sondern die Osterweiterung der EU als umfassenden Ansatz der deutschen Politik zielstrebig verfolgt.

Angela Merkel:

## Unterschriftenaktion geht weiter

Es gibt zwar keinen logischen Zusammenhang zwischen den Diskussionen über die doppelte Staatsbürgerschaft und den Gewaltanwendungen von PKK-Anhängern, aber die Menschen in Deutschland fühlen natürlich einen solchen Zusammenhang.

Wir können nicht Politik an den Menschen vorbei machen. Deshalb ist es wichtig, noch einmal zu betonen: Wir halten die Rechtssetzung zur doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie der Gesetzesvorschlag des Bundesinnenministers vorsieht, für falsch.

### Ca. 1,7 Mio. Unterschriften

Bei der Diskussion über die doppelte Staatsbürgerschaft läßt die Bundesregierung kein Einlenken erkennen. Mit einer Art Einlullungsstrategie versucht sie, Beweglichkeit zu zeigen, ohne definitiv zu sagen, welchen Weg sie gehen will.

Deshalb ist klar: Solange der Entwurf einer generell doppelten Staatsbürgerschaft nicht vom Tisch ist, werden wir unsere Aktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und für die Integration von Ausländern fortsetzen.

Bis zum heutigen Tag haben wir ca. 1,7 Millionen Unterschriften. Die CSU hat rund 1 Million gesammelt. Daran wird die Schröder-Regierung nicht vorbeikommen können. ■

Generalsekretärin Angela Merkel:

## Die CDU muß da sein, wo die Leute sind

**Die CDU muß nach Ansicht ihrer Generalsekretärin Angela Merkel im Osten Deutschlands an ihrem Profil als Volkspartei arbeiten, um die vier Landtagswahlkämpfe des Jahres erfolgreich zu bestehen.**

„Die Partei muß dort sein, wo die Leute sind – in den Sportvereinen, den karitativen Organisationen oder im Posaunenchor“, sagte Angela Merkel in einem dpa-Gespräch. Die CDU sollte auch an den Orten vertreten sein, wo Menschen nach Rat wegen ihrer Rente oder ihres Eigentums fragten. Wenn dort nur PDS-Vertreter anzutreffen sein würden, würde dies nicht die Akzeptanz der CDU erhöhen.

Die Generalsekretärin äußerte sich mit Blick auf die vier Landtagswahlen in Ostdeutschland in diesem Jahr. Im September wählen Brandenburg, Thüringen und Sachsen neue Landtage, am 10. Oktober wird ein neues Abgeordnetenhaus durch die Berliner Bürger bestimmt. Zudem sind am 13. Juni gleichzeitig mit den Europawahlen Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Die CDU war bei den Bundestagswahlen am 27. September vergangenen Jahres im Osten auf nur 27,3 Prozent gekommen.

Den Wahlausgang in Hessen wertete Angela Merkel auch als „Signal für die neuen Länder“. Entscheidend sei nicht nur die Kampagne der CDU zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft gewesen, sondern auch „die große Unzufriedenheit der Bürger mit den ersten 100 Tagen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder“.

Angela Merkel: „Darauf können wir für die Wahlkämpfe im Osten aufbauen.“

Neben der doppelten Staatsbürgerschaft sollen auch andere Themen hervorgehoben werden. Dazu gehöre etwa die Ökosteuer: „Wir werden fragen, was bedeutet die Ökosteuer in Ostdeutschland, wo es keinen liberalen Energiemarkt gibt und so die Strompreise erheblich steigen könnten.“

Auch die Pläne zur Steuerreform und die Sicherung eines dauerhaften ersten Arbeitsmarktes seien Themen, mit denen im Wahlkampf die Auseinandersetzung geführt werden könne. Dazu gehöre auch der Streit um Infrastrukturprojekte, wie zum Beispiel die Ansiedlung eines Airbus-Werkes in Mecklenburg-Vorpommern, oder Autobahnprojekte in den südlichen neuen Ländern.

Angelika Merkel bestritt, daß die CDU im Osten in einer strategisch ungünstigen Lage sei, weil sie wegen der Schwäche von Grünen und FDP nur auf die SPD als Koalitionspartner zurückgreifen könne. „Vielmehr ist die Lage für die Sozialdemokraten schwierig, weil sie zwischen zwei Mühlsteinen hängen und sich gar nicht so frei entscheiden können.“

Auf der einen Seite sehe sich die SPD mit der PDS konfrontiert, auf der anderen Seite mit der CDU, die auch die Mitte abdecke. „Für die SPD besteht die Gefahr, nicht über 34 oder 33 Prozent hinauszukommen, wie in Sachsen-Anhalt.“ Die PDS sei dort durch das Magdeburger Modell keineswegs entzaubert worden, sondern eher mittelfristig gestärkt.

Wolfgang Schäuble:

## Schröders neue Kleider

Während die Narretei landauf landab mit dem Straßenkarneval ihr Ende fand und am Aschermittwoch die Zeit des Fastens und der Besinnung begann, geht das närrische Treiben der Schröder-Regierung munter weiter, insbesondere bei den Fortsetzungsserien „Ausstieg aus der Kernenergie“ und „Ökosteuer“, die bekanntlich Steuererhöhungen mit sich bringt, aber nichts für den Umweltschutz bewirkt.

Bei den 630-DM-Jobs hat der Bundeskanzler zwar vier verschiedene Modelle entwickelt, aber jedes hätte absurde Konsequenzen. Auch von der geplanten Steuerreform ist bei Lichte besehen nichts übriggeblieben als Steuererhöhungen vor allem für den Mittelstand.

Da wundert es nicht, daß auch der Haushalt 1999 ein Dokument der Konzeptionslosigkeit ist. Die Mär von der angeblich übernommenen Erblast ist angesichts des positiven Rechnungsabschlusses für 1998 zerplatzt wie eine Seifenblase. Statt dessen wird von Tag zu Tag klarer, daß die beklagten Finanzlöcher sämtlich von der Regierung Schröder selbst ausgehoben worden sind. Vor Weihnachten wurden wohlfeile Wahlgeschenke verteilt, jetzt müssen die Rechnungen bezahlt werden. Das wird den Bürger noch teuer zu stehen kommen.

Selten hat eine neue Regierung in so kurzer Zeit so viel Durcheinander angerichtet und selbst bei ihren Freunden so viel Kredit verspielt und Enttäuschung verursacht wie Gerhard Schröders rot-grüne Truppe. Nicht einmal die schallende Ohrfeige der hessischen Wähler scheint etwas an der fatalen Mischung aus Substanzlosigkeit und Überheblichkeit der Regierung Schröder

ändern zu können. Im Gegenteil, der abgewählte Ministerpräsident Eichel wird von seinen Genossen sogar gezwungen, ungeachtet des hessischen Wählervotums eine rot-grüne Mehrheit im Bundesrat zu sichern, damit die völlig verkorkste Steuerreform noch im Eiltempo durchgezogen werden kann.

### Bleibende Schäden angerichtet

Der Bundesregierung möchte man zur Umkehr, zu einem neuen Anfang raten. Aber das hätte nur Sinn, wenn es sich in den ersten hundert Tagen tatsächlich um handwerkliche Fehler gehandelt hätte. In Wahrheit sind die politischen Weichenstellungen falsch. Schon hat Schröders Schlingerkurs bleibende Schäden angerichtet. Die wirtschaftliche Lage und die Perspektiven für den Arbeitsmarkt verschlechtern sich von Monat zu Monat. Das ist nicht nur die Folge wirtschaftlicher Entwicklungen in Übersee, sondern vor allem die Folge einer nachhaltigen Verunsicherung bei Investoren im In- und Ausland. Bereits ein Drittel aller geplanten Investitionen wurden zum Jahresende zurückgestellt, weil niemand weiß, wohin die Reise in Deutschland geht. Schon droht eine weitere Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten – und damit von Arbeitsplätzen! – ins Ausland.

Es mag Bundeskanzler Schröder noch eine Weile gelingen, den Eindruck zu erwecken, als habe er mit dem Durcheinander seiner Regierung nichts zu tun. Doch selbst der Dauerkrach mit Trittin verliert irgendwann an Faszination, und dann wollen die Menschen wissen, was Schröder eigentlich will. Dann wird es ihm so gehen wie dem Kaiser mit den neuen Kleidern – wer genau hinsieht, findet nichts. ■

# Die EU-Osterweiterung ist ab 2002 möglich

**Zu den deutschen Interessen an einer baldigen EU-Osterweiterung, zu den dafür notwendigen Voraussetzungen und zu der Verantwortung der Regierung Schröder für eine baldige Erweiterungsfähigkeit der EU erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, in einem Namensartikel in der polnischen Wochenzeitung „Polityka“:**

Eine der großen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre ist die Osterweiterung der Europäischen Union. Die EU kann bis zum Jahr 2002 erweiterungsfähig werden, und die mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten müssen weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um möglichst bald beitragsfähig zu werden.

**1.** Es sind in letzter Zeit Befürchtungen entstanden, als sollte die Erweiterung verzögert werden. Dies liegt jedoch nicht im Interesse der Europäischen Union, erst recht nicht im deutschen Interesse. Dafür will ich einige Gründe nennen:

Die europäische Einigung war immer auf ganz Europa angelegt. Nach Überwindung des Ost-West-Konflikts bietet sich jetzt mit der Osterweiterung die einmalige Chance, in Europa dauerhaft Frieden und Freiheit, die Verwirklichung der Menschen- und Minderheitenrechte zu sichern und Wohlstand zu schaffen. Die Erfahrungen auf dem Balkan zeigen am deutlichsten, welche Risiken noch bestehen und wie dringlich deshalb diese Aufgabe ist. Darum wird mir zu häufig nur über die Kosten der Erweiterung gesprochen, und zu wenig werden die Vorteile für Europa

insgesamt wie für die Westeuropäer im besonderen genannt.

Es liegt im gesamteuropäischen wie im deutschen Interesse, daß die direkt an Deutschland vorbei verlaufende Wohlstandsgrenze beseitigt wird und die Staaten Mittelosteuropas schrittweise an den in der Europäischen Union bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Standard herangeführt werden. Denn eine Verfestigung des zwischen der Europäischen Union und den mittelosteuropäischen Staaten bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Gefälles würde die Stabilität in ganz Europa gefährden.

Die baldige EU-Osterweiterung liegt in unserem Interesse, weil davon handfeste ökonomische Vorteile zu erwarten sind. Schon heute profitiert die Europäische Union von dem erheblich gestiegenen Handel mit den künftigen Mitgliedstaaten. So sind die EU-Exporte in den letzten Jahren um rund 30 % pro Jahr gewachsen, wobei allein der deutsche Anteil mehr als 50 % ausmacht. Die Erweiterung wird diese Entwicklung fördern, da sie die wirtschaftliche Verflechtung erhöhen, das Wachstum in den Beitrittsländern beschleunigen und damit auch die Exportchancen der westeuropäischen Unternehmen weiter verbessern wird.

Die baldige EU-Osterweiterung liegt in unserem Interesse, weil sie die innere Sicherheit und die Möglichkeit der Kriminalitätsbekämpfung verbessern wird. Kriminalogeografisch ist Europa längst ein einheitlicher Raum geworden, der eine Europäisierung der Bekämpfungsmaßnahmen erfordert. Die Aufnahme der mittelosteuropäischen Beitrittsstaaten wird eine Stärkung derjeni-

gen Institutionen mit sich bringen, die für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zuständig sind – Polizei, Justiz, Zoll-, sowie eine wirksamere Grenzkontrolle, weil dies unverzichtbare Voraussetzungen für ihre Beitrittsfähigkeit sind.

Und auch die vorhandenen Umweltprobleme können durch die Osterweiterung vermindert und damit auch diejenigen Umwelttrisiken entschärft werden, die durch ihren grenzüberschreitenden Charakter für ganz Europa gefährlich werden können. Dies wird möglich beispielsweise durch die Übernahme der hohen EU-Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke oder durch die Verpflichtung auf die Verminderung von Schadstoffemissionen oder die Reinhaltung von Gewässern und Flüssen entsprechend den EU-Normen.

**2.** Dies sind einige Beispiele, warum nicht die Verzögerung, sondern die baldige Osterweiterung im europäischen Interesse und insbesondere im deutschen Interesse liegt. Aber eine baldige Erweiterung bringt auch Herausforderungen mit sich, die erfolgreich bewältigt werden müssen, soll es nicht zu politischen und ökonomischen Problemen auf EU-Seite kommen. Diese können sich für die EU-Mitgliedstaaten und dabei insbesondere für die an die mittelosteuropäischen Länder angrenzenden Regionen aufgrund des Wohlstands- und Lohngefälles durch Freizügigkeit für Arbeitnehmer und durch Dienstleistungsfreiheit ergeben.

Denn das mittelfristig nicht zu behebende Wohlstandsgefälle dürfte Ost-West-Wandlungsbewegungen zur Folge haben, und in den Grenzregionen dürfte dies durch Tages- und Wochenpendler verschärft werden. In den Grenzregionen könnten zudem – wegen des Lohngefälles und der niedrigen Abgaben sowie der vergleichsweise niedrigen Umweltstandards – Dienstleistungsunternehmen aus den mittelosteuropäischen Ländern insbesondere in den Bereichen

Bauwirtschaft, Handwerk und Tourismus eine besondere Konkurrenz für dort ansässige mittelständische Betriebe darstellen.

Die Antwort auf die diesbezüglichen Sorgen der Bürger kann aber nicht lauten, den Beitritt hinauszuzögern, bis in den künftigen Mitgliedstaaten ein bestimmtes Lohn- und Wohlstandsniveau erreicht ist. Die Antwort muß vielmehr lauten, unsere mittelosteuropäischen Partner sobald wie möglich aufzunehmen. Zugleich aber sind – vergleichbar dem Beitritt Spaniens und Portugals im Jahr 1978 – längere Übergangsfristen in den Bereichen vorzusehen, in denen sonst nachteilige Auswirkungen entstünden, etwa in der Landwirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt, im Dienstleistungssektor und bei den sozialen Sicherungssystemen. Diese Übergangsfristen müssen erstens länderweise differenziert und unter Berücksichtigung des jeweiligen Entwicklungsstandes vereinbart werden. Zweitens muß eine Verkürzung der Fristen – ebenfalls wie im Falle des spanischen und portugiesischen Beitritts – möglich sein, wenn die Annäherung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an die gegenwärtigen Mitgliedstaaten dies erlaubt.

Die mittelosteuropäischen Länder müssen für ihre Beitrittsfähigkeit noch zum Teil enorme Anstrengungen unternehmen – beispielsweise zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Großunternehmen, in der Landwirtschaft, beim Umweltschutz, zur Verbesserung des Transport- und Telekommunikationsbereichs, für eine größere Effizienz der Verwaltung auf allen Ebenen, bei der Anpassung der Zertifizierung sowie der Normen und Standardisierungsvorschriften.

Nach bereits acht Jahren zum Teil schmerzhafter politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung werden die damit einhergehenden Entbehrungen am besten verkraftet werden können, wenn eine klare zeitliche Perspektive vorliegt, ab wann die Erweiterung möglich ist. Außenminister Geremek

hat kürzlich in Deutschland darauf hingewiesen, daß beispielsweise die Reformen im Hüttenwesen und im Bergbau in Polen schätzungsweise 120.000 Arbeitsplätze kosten würden, diese Belastungen aber eher ertragen werden könnten, wenn besser nachvollziehbar sei, wofür sich die Anstrengungen lohnen. Es geht also darum, ein realistisches Datum für die Erweiterung vorzugeben.

**3.** Ein solches Zieldatum zu nennen, ist heute schon möglich: die Europäische Union kann ab dem Jahr 2002 erweiterungsfähig sein.

Dafür ist zunächst die Reform der EU-Agrar-, Struktur- und Finanzpolitik erforderlich. Dazu gehört die Herstellung größerer Beitragsgerechtigkeit durch eine Entlastung Deutschlands als größter Nettzahler der EU; dazu gehört eine langfristig angelegte und verlässliche Agrarpolitik, die der Landwirtschaft eine Zukunftsperspektive gibt; und dazu gehört eine Strukturpolitik, die die Förderung auf die am meisten benachteiligten Regionen konzentriert und die die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und Regionen stärkt. Diese Reformen sind auch ohne die anstehende Osterweiterung notwendig, für die Erweiterung jedoch unverzichtbar.

Wenn die Regierungen der Europäischen Union ihrer Verantwortung gerecht werden – und die deutsche Regierung trägt dabei eine besondere Verantwortung – dann können diese Reformen während der deutschen Präsidentschaft beschlossen werden. Denn von allen EU-Mitgliedstaaten ist die Bereitschaft bekundet worden, eine Einigung in diesen Fragen bis zum EU-Sondergipfel am 24./25. März zu erzielen.

Damit die Europäische Union erweiterungsfähig wird, müssen weiterhin institutionelle Reformen vereinbart werden. Wenn die EU auch mit 20 oder mehr Mitgliedern funktionsfähig bleiben soll, dann müssen insbesondere die Möglichkeiten

für Mehrheitsentscheidungen im Rat substantiell ausgebaut werden. Aber auch andere institutionelle Fragen – wie die Festlegung der Größe der Kommission oder die Anpassung der Stimmengewichte an das relative Gewicht der Mitgliedstaaten bei Entscheidungen des Rates – müssen vor der Erweiterung beantwortet werden. Dabei sollten Antworten gefunden werden, die für den gesamten Erweiterungsprozeß gültig sind – unabhängig von der Frage, wieviele Staaten bei der ersten Runde der Osterweiterung aufgenommen werden sollen: wir können nicht jeder neuen Erweiterungsrunde eine institutionelle Reform vorschalten. Ich denke, daß es auch im Interesse Polens und der anderen Beitrittskandidaten liegt, Mitglied einer handlungs- und entscheidungsfähigen Europäischen Union zu werden.

Diese institutionellen Fragen könnten dann im Jahr 2000 angegangen und bis spätestens Ende 2001 vereinbart und ratifiziert werden. Dann wäre die Europäische Union ab dem Jahr 2002 für die Aufnahme neuer Mitglieder bereit.

**4.** Deutschland war bisher der Motor des europäischen Einigungsprozesses und der Anwalt einer zügigen Osterweiterung. Äußerungen von Bundeskanzler Schröder haben bei den Beitrittskandidaten erhebliche Irritationen ausgelöst, ob auch die neue deutsche Bundesregierung diese Rolle spielen will. CDU und CSU haben deshalb am 8. Dezember 1998 im Deutschen Bundestag in einem Antrag die Regierung Schröder aufgefordert: „Der Schwung der Erweiterung der EU darf nicht gebremst werden. Die EU muß die oben genannten internen und institutionellen Reformen frühzeitig abschließen, damit sie ab dem Jahr 2002 fähig ist, erste Staaten aufzunehmen, die die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen sowie Menschen- und Minderheitenrechte auf Grundlage der Kopenhagener Beschlüsse erfüllen.“



## SPD-Frauen sitzen solidarisch in der Falle und verschenken eine Chance

**Zu den Äußerungen der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (asf), Karin Junker, anlässlich der Nominierung von Johannes Rau für das Amt des Bundespräsidenten erklärte die stellvertretende frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ilse Falk:**

Wie es in der SPD um die Solidarität unter und mit Frauen steht, verraten die Äußerungen von Karin Junker zur Nominierung von Johannes Rau als SPD-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.

Noch bei der Regierungsbildung der Koalition hatte die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen unermüdlich einflußreiche Positionen für Frauen eingefordert. „Selbstverständlich“, so Karin Junker, sei es ihr Ziel, eine Frau ins höchste Staatsamt zu bringen – allerdings erst bei der übernächsten Wahl! Denn bei Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski stimmen zwar Geschlecht und, weil dies „zu bescheiden als einzi-

ges Kriterium“ ist, auch Qualifikation („hochqualifiziert“) und Persönlichkeit („bemerkenswert“). Aber: Weist die Kandidatin der CDU/CSU überhaupt politische Erfahrung auf? Jemand wie sie, die 25 Jahre auf eine Karriere als Wissenschaftlerin verzichtete, weil sie sich mehrfach weigerte, der SED beizutreten?

Um das zu beurteilen, müßte man sich entweder über die Medien informieren oder wahlweise Frau Prof. Schipanski höchstselbst zu einem Gespräch einladen. Das scheint aber den Frauen in der SPD nicht in den Sinn gekommen zu sein – hat sich Johannes Rau doch „durch eine engagierte Frauen- und Gleichstellungspolitik ausgezeichnet“ (oder war da noch die frühere Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers?). Gleichwohl – die SPD-Frauen wählen Rau statt Frau, weil sie sehr solidarisch in der Falle sitzen, die ihnen die eigene Partei gestellt hat. Und verschenken damit eine große Chance für das Land und die Frauen!

Inzwischen hat der Bundeskanzler erklärt, es sei nicht seine Absicht, die Erweiterung zu verzögern. Es wäre dann nur konsequent und ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit, wenn sich Bundeskanzler Schröder und seine Regierung öffentlich und unmißverständlich dem Ziel verpflichten würden, alles dafür zu tun, damit die Europäische Union ab dem Jahr 2002 erweiterungsfähig sein wird und daß ab diesem Zeitpunkt erste Länder beitreten könnten, sofern sie ihrerseits die dafür erforderlichen Reformen verwirklicht hätten. Damit erhielten die mittelosteuropä-

schen Länder eine klare Perspektive, ab wann ihnen die Tür zur Europäischen Union offensteht.

Die Europäische Union hat es in ihrer Hand, ihre Hausaufgaben rechtzeitig zu erledigen und die Erweiterungsfähigkeit bis 2002 herzustellen. Das ist ein realistisches Zieldatum. Ob dann bereits erste Beitritte möglich sein werden, das liegt vor allem in der Hand der Beitrittsländer. Die Europäische Union wird dafür auch weiterhin unterstützend tätig sein, und sie muß die Beitrittsverhandlungen zügig zum Abschluß bringen. ■

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr an Minister Funke:

## Nehmen Sie die Proteste der deutschen Landwirte ernst

**Anlässlich der Protestaktionen der europäischen Landwirte in Brüssel gegen die Agenda 2000 erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:**

Je blumiger Funke über die Agenda geredet hat, desto mulmiger ist es den deutschen Landwirten geworden. Jetzt reicht es ihnen, deshalb demonstrieren sie zu Recht in Brüssel.

Herr Funke, unsere Landwirte demonstrieren, weil sie berechnete Ängste um ihre Existenz haben. Nutzen Sie die Chance, Ihre Verhandlungstaktik zu ändern. Treten Sie auch als Anwalt der deutschen Landwirte auf und begnügen Sie sich nicht nur mit der Rolle des Moderators. Gerade als Vorsitzender des Agrarministerrates haben

Sie die Möglichkeit, die Verhandlungsführung im Sinne der Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume zu beeinflussen.

Ihre bisherige Verhandlungstaktik war ein Hü und Hott. Dazu kommt, daß die Auftritte der Herren Lafontaine und Trittin in befreundeten Nachbarländern nach Art eines Elefanten im Porzellanladen Ihre Position nicht gestärkt haben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird Ihnen jede Unterstützung bei der Verteidigung der Interessen der deutschen Landwirtschaft bei den Agenda-Verhandlungen zukommen lassen.

Herr Funke, es ist noch nicht zu spät! Reißen Sie das Ruder zugunsten der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes in Deutschland herum!

## Schröder in Vilshofen von Bauern ausgebuht

**Bundeskanzler Gerhard Schröder ist am Aschermittwoch von mehr als 2.000 Bauern im niederbayerischen Vilshofen ausgepiffen worden. Die Bauern forderten den Kanzler auf, die Europäische Agenda 2000 abzulehnen, die Steuerreform zu korrigieren und die Landwirtschaft von der Ökosteuern auszunehmen.**

Schröder, der auf dem Weg zum Politischen Aschermittwoch der bayerischen SPD war, sagte: „Wir wollen die bäuerlichen Familienbetriebe erhalten.“

Der niederbayerische Bauernpräsident Albert Schallmoser forderte den Bun-

deskanzler auf, „ein großes Bauernsterben zu verhindern“.

Die Senkung der Agrarpreise und Mengenquoten würden viele Bauernhöfe vernichten. Die Steuerreform mit ihren Einheitswertgrenzen, niedrigen Umsatzsteuerpauschalen und der Besteuerung der Altersvorsorge sei ebenfalls existenzvernichtend.

„Auch wir Bauern gehören zur politischen Mitte“, sagte Schallmoser. Auf Transparenten der Bauern hieß es, „Schröder: Werde nicht zum Bauernmörder“ und „Lafontaine, Agenda und Trittin machen alle Bauern hin“.

## Generalsekretärin Angela Merkel:

### Zeichen von Entscheidungsschwäche und Unentschlossenheit

**Die Aussagen von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur deutschen Airbus-Bewerbung sind bei Generalsekretärin Angela Merkel auf Kritik gestoßen.**

Schröder habe es vermieden, sich dezidiert hinter einen der beiden Bewerber aus Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg um die Endmontage des Airbus A3XX zu stellen. Die Bewerbungen beider Länder unterstützen zu wollen, sei ein „Zeichen von Entscheidungsschwäche und Unentschlossenheit“.

Der Bundeskanzler und die gesamte Bundesregierung müßten sich entscheiden, welcher deutsche Standort aus gesamtgesellschaftlicher Sicht favorisiert werden solle, forderte die Generalsekretärin. Sie erwarte, daß sich Schröder ganz klar für den Standort in Rostock-Laage ausspricht und auf europäischer Ebene stark macht.

Ein eindeutiges Bekenntnis des Kanzlers sei ein „längst überfälliges Signal“ der Bundesregierung, daß sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten die Interessen der Menschen in den neuen Ländern vertreten wolle.

### Schröder legt sich nicht fest

Schröder hatte in Schwerin erklärt, daß die Bundesregierung eine Verständigung zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg über eine mögliche Zusammenarbeit im Zuge einer deutschen Bewerbung für die Produktion des Airbus A3XX begleiten will. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Kabinettsausschusses Neue Länder mit der Schweriner Landesregierung sagte der Kanzler einer Kooperation beider Länder seine Unterstützung zu, wollte aber zugleich weder Hamburg noch Rostock-Laage als Bewerber um die Endmontage favorisieren.

## Die Enttäuscher

*Nach hundert Tagen Rot-Grün klappt nichts. Öko-Steuer, Atomausstieg, Doppelpaß – alles gescheitert. So haben wir uns die neue Regierung nicht vorgestellt. Wir werden regiert von Enttäuschern.*

*SPD-Wähler wollten einen starken sozialdemokratischen Bundeskanzler. Was haben sie? Einen Sanftsprecher. Da war Kohl anders.*

*Grüne-Wähler wollten einen starken sozialdemokratischen Bundeskanzler. Was haben sie? Einen Sanftsprecher. Da war Kohl anders.*

*Grüne-Wähler wollten eine neue Umweltpolitik. Was haben sie? Einen Jürgen Trittin, der nur noch zurücksteckt. Nachdem er Schröder vor den Kopf gestoßen hat. Ein Krawall-Koalitionär.*

*Oskar Lafontaine: Wo, Herr Finanzminister, bleibt die wirklich rigorose Steuerreform, die uns mehr als nur ein paar Mark mehr im Portemonnaie beschert?*

*Nee, so haben wir uns die neue Regierung nicht vorgestellt. Einige der Koalitionsmitglieder wohl auch nicht. Eine Frage der Zeit, wann es richtig kracht.*

# Zwischen Pest und Cholera

**Zur Einigung im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:**

Das Schlichtungsergebnis in der baden-württembergischen Metallindustrie hat innerhalb der personalintensiven mittelständischen Wirtschaft Reaktionen zwischen tiefer Besorgnis und blankem Entsetzen ausgelöst. Die Arbeitgeber haben sich dem Druck der Alternativen Streik oder Zustimmung gebeugt, eine Entscheidung zwischen Pest oder Cholera.

Ein Streik wäre sicherlich auch schlimm gewesen. Aber dieser Tarifabschluß zur Vermeidung eines Streiks ist mit „tödlicher“ Sicherheit schlimm für viele Arbeitsplätze und bedeutet gerade im Mittelstand vielleicht sogar das Aus für ganze Betriebe.

Die Empfehlung der Arbeitgeber, dem Abschluß keine Pilotfunktion zuzumessen, erscheint als frommer Wunsch. Die übrigen Metall-Tarifbezirke, aber auch andere Branchen werden sich natürlich an der Marke orientieren.

Das „Ende der Bescheidenheit“ bringt für viele das „Ende der Beschäftigung“.

Die Kostenbelastung der Unternehmen, die sich im Schnitt auf 3,6 bis 4,2 Prozent summiert, im personalintensiven Mittelstand jedoch noch deutlich höher liegt, wird einen neuerlichen Rationalisierungs- und Automationschub auslösen. Die Produktionsverlagerung aus Deutschland wird fortschreiten. Arbeitsplätze gehen verloren, neue werden nicht geschaffen.

So kann ein „Bündnis für Arbeit“ nicht aussehen. Was sollen Gespräche und Vereinbarungen „für Arbeit“ im Kanzleramt, wenn gleichzeitig Tarifverträge „gegen Ar-

beit“ für die Betriebe abgeschlossen werden, in denen sich tagtäglich die Arbeitsplätze auf dem Prüfstand von Kosten und Rentabilität rechtfertigen müssen?

**Kann in Ostdeutschland so nicht übernommen werden**

**Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, Michael Luther, erklärte:**

Das Ergebnis einer Lohnerhöhung von bis zu 4,2 % mag für die meisten Betriebe in Baden-Württemberg gerade noch hinnehmbar sein. Als Beispiel für Ostdeutschland ist es gefährlich. Die Metallindustrie gerade im Osten ist alles andere als eine homogene Landschaft. Regional profitieren Sachsen und Thüringen von ihren VW- und Opel-Standorten. In Sachsen-Anhalt dagegen gab es im letzten Jahr einen merklichen Beschäftigungsabbau. Die brandenburgische Metallindustrie liegt unter dem Vorjahresniveau. Mecklenburg-Vorpommern ist durch die Situation der noch nicht wettbewerbsfähigen Werften besonders belastet. Dies können auch andere Branchen wie z. B. Maschinenbau und die sonstige Herstellung von Metallerzeugnissen bei weitem nicht kompensieren.

Die Produktivität der Metallindustrie liegt bei ca. 74 % des Westniveaus. Die Lohnstückkosten, also die Gegenüberstellung von erwirtschafteter Leistung und dafür bezahltem Lohn, lagen zuletzt bei bis zu 125 % des Westniveaus.

Betrachtet man diese Voraussetzungen gemeinsam mit den düsteren Wachstumsprognosen der Bundesregierung für 1999, werden die engen Spielräume gerade für den Osten deutlich. Eine Übernahme

dieses Tarifergebnisses würde im Osten Tausende von Arbeitsplätzen konkret gefährden. Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen der IG Metall und von Rudolf Hickel hochgefährlich. Hier wird Tarifpolitik auf dem Rücken der Arbeitslosen in den neuen Ländern gemacht und werden deren Chancen auf einen Arbeitsplatz drastisch verringert. Letztendlich muß es daher jetzt auf die Fähigkeit der Tarifpartner ankommen, sowohl branchen- wie auch regionenspezifisch differenzieren zu können. Globallösungen müssen passé sein.

## Regierung versagt in der Arbeitsmarktpolitik

**Auch der Parteivorsitzende hat das Tarifergebnis für die Metallindustrie in Baden-Württemberg kritisiert.**

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung sei der Abschluß zu hoch und gefährde Arbeitsplätze, erklärte Wolfgang Schäuble vor Journalisten in Bonn. Die Bundesregierung signalisiere mit ihrer Zustimmung zu dem Ergebnis ihr Versagen in der Arbeitsmarktpolitik.

Schäuble: „Das angekündigte Bündnis für Arbeit scheint ein Bündnis gegen Arbeitsplätze zu sein.“

## Ein Schlag ins Gesicht der Arbeitslosen

**Zum Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Der Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie ist angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der anstehenden Gespräche um ein Bündnis für Arbeit ein Schlag ins Gesicht der Arbeitslosen. Es ist mehr als zweifelhaft, ob damit auch nur ein Arbeitsloser von der Straße geholt

wird. Im Gegenteil: Es besteht die Gefahr, daß es angesichts steigender Lohnstückkosten am Ende mehr Arbeitslose geben wird. Der Abschluß wird insbesondere der Situation in den neuen Bundesländern nicht gerecht.

Darüber hinaus wurde durch fehlende Differenzierung nach Ertragslage der Unternehmen einmal mehr die Chance vertan, den Flächentarifvertrag an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen und ihn für die Unternehmen attraktiv zu halten.

Der Erfolg des Bündnisses für Arbeit der Bundesregierung ist damit in Frage gestellt.

## Kommentare

### Mißlungene Schlichtung

*Leider ist die Einigung, die unter Vogels Moderation in der Nacht zum Donnerstag erzielt wurde, mit einem schweren Makel behaftet. Sie wird im Prinzip von allen Arbeitgebern außerhalb Baden-Württembergs abgelehnt. Vor allem die Unternehmer im Osten Deutschlands wollen sich mit dem Ergebnis, das – je nach Berechnungsmethode – irgendwo zwischen 3,6 und 4,2 Prozent Lohnzuwachs angesiedelt ist, nicht abfinden. Vermutlich geht die Schlichtung von Hans-Jochen Vogel nun als jener Kompromiß in die Geschichte der Tarifstreits ein, der die Erosion des Flächentarifs entscheidend vorangetrieben hat.*

**Berliner Zeitung**

### Pyrrhussieg

*Die Erfolgsaussichten des Bündnisses für Arbeit dürften mit dem Metallabschluß auf Null gesunken sein. Denn mit der dort zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik schon verabredeten beschäftigungsfördernden Lohnpolitik hat das Tarifergebnis nichts zu tun. Daß Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine das Schlichtungsergebnis und den von Bundeskanzler Gerhard*

## „Süddeutsche Zeitung“: Koalition will Mehrwertsteuer um bis zu drei Prozent anheben

In der Bundesregierung gibt es Überlegungen, vor dem Hintergrund der Senkung der Unternehmenssteuern auf 35 Prozent sowie einer Einlösung des Karlsruher Familienurteils die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Das berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ vom 16. Februar unter Berufung auf Regierungskreise. Dabei gehe es um eine Größenordnung von bis zu drei Pro-

zentpunkten. Diese Erhöhung werde anvisiert für die Zeit nach der Bürgerchaftswahl in Bremen am 6. Juni, aber noch vor der Sommerpause. Hintergrund sind dem Zeitungsbericht zufolge erhebliche Lücken in der Finanzplanung für das Jahr 2000. Ebenfalls nachgedacht werde über eine weitere Anhebung der Ökosteuern auf Treibstoff.

*Schröder ins Spiel gebrachten Schlichter ausdrücklich lobte, kann von der Wirtschaft nur als Kampfansage verstanden werden. Offenbar hat Lafontaine nichts dagegen, daß das Metallergebnis auch auf andere Branchen übertragen wird. Sollte sich auch der Bundeskanzler diese Sicht zu eigen machen, müssen sich die Wirtschaftsverbände ernsthaft fragen, welchen Sinn ihre weitere Teilnahme an den Bündnisgesprächen haben soll.*

**Handelsblatt**

### Bündnis für Unvernunft

*Der Metall-Abschluß spiegelt das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern in der bedeutendsten Branche des Landes wider. Hans-Jochen Vogel, als unparteiischer Moderator, hat zwar einen Streik verhindert. Einen echten Kompromiß hat er jedoch nicht zustande gebracht. Sein Spruch liegt vielmehr nahe bei der IG Metall-Linie. Die Zugeständnisse an die Arbeitgeberseite sind viel zu gering, um den Abschluß für die Unternehmen erträglich zu machen. Der desaströse Abschluß von Böblingen*

*könnte für den Flächentarifvertrag in der Branche nun endgültig das Ende einläuten.*

**Die Welt**

### Erpreßt

*Dieser Metalltarif ist nicht zu retten. Er kommt einer Erpressung gleich. Wie sonst soll man das Ultimatum der Gewerkschaft nennen, das den Unternehmen für den Fall der Ablehnung einen Streik androhte, an dessen Ende nur eine noch höhere Lohnzahl gestanden hätte? Der Schlichter hat sich auf die Arithmetik beschränkt und die Meinung geäußert, er habe einen Arbeitskampf verhindert. Rücksicht auf die unterschiedliche betriebliche Leistung von Unternehmen wie Arbeitnehmern nimmt der Vertrag nicht. Das wird Folgen haben. Andere Branchen, allen voran der öffentliche Dienst, werden sich auf den Metallabschluß berufen und vergleichbare Ernten in die Scheuern fahren. Damit ist jetzt schon sicher, daß auf die deutsche Wirtschaft insgesamt eine Kostenbelastung zukommen wird, die viel von der lohnpolitischen Entspannung der vergangenen Jahre null und nichtig macht. Die IG-Metall hat hohe Erwartungen.*

**Frankfurter Allgemeine**

# Gewalttätige Kurden abschieben

Zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen PKK-gesteuerter Kurden erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Gewalttaten der PKK in Deutschland dürfen nicht geduldet werden. Wir können nicht hinnehmen, daß Kurden ihren Krieg nun auf Deutschlands Straßen austragen.

Deshalb muß das Ausländergesetz konsequent angewendet werden. Dieses haben wir erst 1997 verschärft:

**1.** Ein Ausländer ist zwingend auszuweisen, wenn er wegen eines im Rahmen einer verbotenen öffentlichen Versammlung begangenen Landfriedensbruchs rechtskräftig zu Freiheitsstrafe (ohne Bewährung) verurteilt wurde.

**2.** Eine sofortige Ausweisung ist möglich, wenn ein Ausländer sich im Rahmen einer verbotenen Versammlung an Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen beteiligt. Die Ausweisung ist in diesen

Fällen auch möglich, bevor ein (rechtskräftiges) Strafurteil ergangen ist.

Die Ausreisepflicht des Ausgewiesenen, die Abschiebung, ist schließlich auch durchsetzbar. Bereits die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hatte mit der Türkei eine Verfahrensabsprache bei der Rückführung von PKK-Anhängern getroffen, die sicherstellt, daß kein Abgeschobener nach Rückkehr in die Heimat rechtsstaatswidrig behandelt wird.

Deshalb: Das Gebot der Stunde lautet: Konsequent ausweisen und abschieben, da schwerwiegende Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dies erfordern.

Dies liegt auch im Interesse der überwältigen Mehrheit der gut 500.000 Kurden in Deutschland, die sich friedlich verhalten und die friedlich ihrer Arbeit nachgehen.

Die über 10.000 Mitglieder der PKK in Deutschland müssen jedoch wissen, daß Deutschland nicht bereit ist, einen Stellvertreterkrieg auf seinen Straßen zu dulden.

## Überflüssige Symbolik

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zur Ankündigung von Verkehrsminister Müntefering, eine Gesetzesänderung zur Einführung des Führerscheintzugs bereits ab 0,5-Promille noch in diesem Jahr in Kraft zu setzen:

Eine Verschärfung des bestehenden Gesetzes ist eine absolut überflüssige politische Symbolik. Minister Müntefering will ein Randthema in den Mittelpunkt rücken, das seit geraumer Zeit

kein Problem mehr ist. Seit Einführung der Atemalkoholanalyse und der damit ermöglichten höheren Kontrolldichte sinken die Zahlen alkoholbedingter Verkehrsunfälle stetig. Zudem will sich kein Statistiker darauf festlegen, daß bei der bestehenden Regelung meßbar mehr Unfälle verursacht werden als bei einer absoluten 0,5 Promille-Grenze. In meinen Augen ist eine Verschärfung übertriebener, unnötiger Aktionismus. Ich fordere den Verkehrsminister auf, im Sinne einer effizienten Politik die Arbeiten an diesem Gesetzentwurf sofort einzustellen.

## Uwe Conradt jüngster CDU-Vorsitzender im Saarland

**Auf der Jahreshauptversammlung der CDU Scheidt gab es einen Wechsel an der Spitze des Verbandes. Uwe Conradt, ein 21-jähriger Student wurde von den Mitgliedern einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er ist der jüngste CDU-Vorsitzende im Saarland.**

Conradt tritt die Nachfolge des von Karlheinz Eibes an, der den Vorsitz vier Jahre lang betreute. Der neue Vorsitzende sieht es als sein Hauptaufgabe an, den Ortsverband wieder mit Aktivitäten zu füllen und insbesondere verstärkt Bürgerkontakte aufzunehmen. „Ich möchte dem Verband wieder ein Gesicht geben. Heute stehen wir am Rand, ich möchte den Verband 'Mitten ins Leben' zurückführen.“, so Conradt.

Auf der Hauptversammlung stellte Conradt unter anderem das Aktionsprogramm „Mitten im Leben – CDU Scheidt“ vor, mit dem er dem Ortsverband zu neuem Glanz verhelfen will. Darunter sind auch 500 Bürgergespräche vorgesehen.

Die Glückwünsche des CDU-Kreisverbandes überbrachte die stellvertretende Kreisvorsitzende Annemarie

Lehnhof-König, die gleichzeitig die Partei zur Geschlossenheit in den kommenden Wahlmonaten aufrief.

Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden wurde Uwe Conradt auch noch für die Stadtbezirksliste bei der kommenden Komunalwahl vorgeschlagen.

### Partei der Zukunft

Auch der Kreisvorsitzende der Jungen Union, Sascha Zehner, nahm als Gast an der Sitzung teil. „Mit der Wahl von Uwe Conradt zum Vorsitzenden hat die CDU wieder mal gezeigt, daß sie die Partei der Zukunft ist. Junge Menschen arbeiten hier nicht nur in der zweiten Reihe, sondern auch an den entscheidenden Stellen“, so der JU-Chef.

Die Versammlung hatte eine Tagesordnung mit über 30 Punkten abzuarbeiten, dies verlief schnell und diszipliniert. Bei den Wahlen zum Ortsvorstand wurden Jochen Berz und Roland Grund zum stellvertretenden Ortsvorsitzenden gewählt, neue und alte Schatzmeisterin ist Judith Hettrich, als Organisationsleiter fungiert Norbert Barthel, Pressereferent wurde Torsten Conradt.

### Norbert Kartmann

ist der neue Vorsitzende der CDU-Fraktion im hessischen Landtag. Kartmann, der in der vergangenen Legislaturperiode stellvertretender Vorsitzender und schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion war, ist Nachfolger des designierten Mini-sterpräsidenten Roland Koch.

### Laurenz Meyer

hat die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Meyer löst Helmut Linssen ab, der nach seiner Niederlage gegen Jürgen Rüttgers zurückgetreten war. Meyer ist bis zur Landtagswahl im Mai nächsten Jahres Oppositionsführer.



# Riester plant den zweiten Sündenfall der SPD

**Zu dem Vorschlag von Bundesarbeitsminister Walter Riester, den Rentenanstieg von der Nettolohnentwicklung abzukoppeln, erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Peter Rauen:**

Riesters Vorschlag ist eine Panikattacke, die beweist, daß er zum Gefangenen seiner eigenen Politik geworden ist. Es ist durchaus legitim, über eine Reform der Rentenanpassung nachzudenken. Eine Unverfrorenheit ist es allerdings, den Menschen im Wahlkampf vorzumachen, die von Union und FDP vorgenommenen Reformen in der Rentenanpassung seien böswillig und nicht notwendig, und nach der Wahl die Renten von der Nettolohnentwicklung abzukoppeln zu wollen.

Riester hat wider besseres Wissen den von der alten Bundesregierung eingebauten demographischen Faktor aus der Rentenformel herausgenommen und sieht nun, daß er hierdurch die Finanzierungsfähigkeit unseres Rentensystems aufs Spiel gesetzt hat.

Aus Panik über die selbstverschuldete Misere opfert er einen politikunabhängigen Anpassungsmechanismus, der langfristig Perspektive und Sicherheit bietet, und unterstellt die Rentenanpassung dafür kurzfristigen Manipulationen des Staates.

Nachdem die Regierung Schmidt bereits in den letzten Jahren ihrer Amtszeit den ersten Sündenfall in der Rentenpolitik begangen hat, indem sie die Rentenanpassung politisch festsetzte, will Riester dies nun mangels Reformfähigkeit der Regierung offenbar wiederholen. ■

## Bundesregierung hat kein Rentenkonzept

**Zum ersten Treffen der Rentenkommission erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Die bisherige Diskussion über die Fortentwicklung der Rentenversicherung zeigt vor allem eines: Die von der alten Bundesregierung geplante Rentenreform war und ist der richtige Weg, die gesetzliche Rentenversicherung an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Sie hätte einen wesentlichen Beitrag zur Generationengerechtigkeit und zur finanziellen Stabilisierung unseres sozialen Sicherungssystems geleistet. Die finanziel-

len Lasten, die sich aus einer älter werdenden Gesellschaft für die Rentenversicherung ergeben, wären gleichmäßig auf Leistungsempfänger und Beitragszahler verteilt worden.

### ... bleibt im Dunkeln

Die Bundesregierung hat hingegen kein Konzept. Wie die gesetzliche Rentenversicherung an die Herausforderungen der Zukunft angepaßt werden soll und wie unter sich ändernden demographischen Rahmenbedingungen die soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen sichergestellt werden soll, bleibt weitgehend im Dunkeln.

# CDU/CSU-Fraktion unterstützt Aktion gegen Gewalt in der Pflege

**Am 10. Februar haben der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familien, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit, Wolfgang Lohmann, führende Vertreter der Aktion gegen Gewalt in der Pflege (AGP) empfangen.**

Die AGP ist ein Zusammenschluß von Organisationen und Initiativen (Kuratorium Deutsche Altershilfe – Wilhelm Lübke Stiftung e.V./Handeln statt Mißhandeln, Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter/Arbeitskreis gegen Menschenrechtsverletzungen/Deutscher Berufsverband für Altenpflege e.V./Sozialverband Reichsbund e.V.), die sich für eine durchgreifende Verbesserung der Situation in der Pflege einsetzen.

Zwischen den Gesprächsteilnehmern bestand Einigkeit darin, daß die zunehmend bekannt werdenden Fälle von Vernachlässigungen, Mißhandlungen und unterlassenen Hilfeleistungen in der stationären Pflege ein Signal an die Politik sind, rasche und durchgreifende Verbesserungen bei der Qualität der Pflege herbeizuführen. Die Pflege von hilfsbedürftigen Menschen sei eine ethisch und moralisch verantwortungsvolle gesellschaftliche Aufgabe, die nicht durch finanzielle Interessen und Fehlverhalten einzelner Leistungserbringer in Mißkredit gebracht werden dürfe. Der Gesetzgeber sei gehalten, solche Mißstände frühzeitig zu erkennen und abzustellen. Hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben und eine Qualitätsoffensive in der Pflege notwendig.

Fehlentwicklungen wie Geschäftemacherei mit Pflegebedürftigen, Unfähigkeit im Management einiger Heime, unzureichende Personalausstattung und mangelnde Kontrolle von Pflegeleistungen dürften nicht länger hingenommen werden. Pflegebedürftige und deren Angehörige seien häufig nicht in der Lage, ihre Rechte geltend zu machen und durchzusetzen. Hierbei müßten sie durch geeignete Maßnahmen des Gesetzgebers und der Leistungsträger unterstützt werden.

Beide Seiten würdigten den Einsatz von zahlreichen Pflegekräften in den Pflegeeinrichtungen. Sie stellen aber auch fest, daß Pflegekräfte und Ärzte häufig durch die Belastung, die die Pflege einer zunehmenden Zahl dementer und psychisch kranker Heimbewohner mit sich bringt, überlastet seien. Darüberhinaus wird vielfach Kritik über eine zunehmende Bürokratie geäußert. Dies müsse ernst genommen werden. Die Motivation von Pflegekräften und Ärzten und die Akzeptanz der Pflegeversicherung durch die Beteiligten dürfe darunter nicht leiden. Die Pflege dürfe nicht zur Betreuung im Minutentakt verkommen, nur weil nicht ausreichend Fachkräfte vorhanden seien und der Betreuungsumfang auch unter dem bürokratischen Aufwand leide. Gleichwohl müsse eine exakte Pflegedokumentation sichergestellt sein, denn dies sei ein Kernelement der Qualitätssicherung in der Pflege.

## Zur Lösung dieser Probleme wurden vielfältige Ansätze diskutiert:

- Überprüfung der Pflegeversicherung und deren Durchführungsbestimmungen auf verzichtbare bürokratische Regelungen sowie Beseitigung von Abgrenzungs-

## Verfassungsklage gegen Anzeigenkampagne

**Zur Anzeigenkampagne der Bundesregierung erklärte der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schmidt:**

Die Anzeigenkampagne der Bundesregierung zum Staatsbürgerschaftsrecht ist nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfassungswidrig.

Ohne jeden Respekt vor unserer Verfassung und der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat die Schröder-Regierung mit ihrer Anzeigenkampagne die Grenze zur unzulässigen Wahlwerbung überschritten. Die Tatsache, daß die Bundesregierung unmittelbar vor einer Landtagswahl mit

Steuergeldern einseitig in den Wahlkampf eingegriffen hat, zeigt, daß Bundeskanzler Schröder offensichtlich bereit ist, ohne jeden Skrupel Steuergelder für seine Propagandazwecke einzusetzen. Die streitbefangene Anzeige beinhaltet keinerlei Information sondern lediglich eine Werbung für den rot-grünen Standpunkt zum Hauptthema des hessischen Landtagswahlkampfes.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird entsprechend ihrem Wächteramt gegen diese verfassungswidrige Steuergeldverschwendung der Regierung Schröder Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erheben.

problemen zwischen Pflege- und Krankenversicherung.

- Aufwertung und Verbesserung der Ausbildung der Pflegekräfte, z.B. durch Regelungen für eine Mindestausbildungsdauer und gute fachliche Mindeststandards.

- Schaffung von verlässlichen Kriterien für die Fachkraftquote in Pflegeheimen.

- Einigung der Vertragspartner auf leistungsadäquate Entgelte für stationäre Pflege.

- Verbesserte Kontrollmöglichkeiten für die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst. Beiden muß das Recht eingeräumt werden, Heime auch unangemeldet zu kontrollieren. Das Heimgesetz und das SGB XI müssen dahingehend ergänzt werden.

- Auf regionaler Ebene sind Arbeitsgemeinschaften anzuregen oder zu fördern, in denen Pflegekassen, Medizinischer Dienst, Heimaufsicht, Bezirke und Pflegeheime ihre Bemühungen zur Qualitätssicherung in Pflegeheimen koordinieren sollen. Dies könnte auch gesetzlich verpflichtend geregelt werden.

- Die Angehörigen von Pflegebedürftigen sollten mehr Rechte dahingehend erhalten, daß sie auch für den Heimbeirat gewählt werden können. Denn die Pflegebedürftigen sind zum Teil nicht in der Lage, die Aufgaben zu erfüllen, die an den Heimbeirat gestellt werden. Durch die Stärkung der Angehörigenarbeit in den Heimen könnte die Transparenz der Heimarbeit verbessert werden.

- Prüfung von modellhaften Erprobungen von Notruf- und Beratungsstellen für ältere Gewaltopfer, wie sie bereits in Bonn, Hannover und anderen Städten initiiert wurden.

Über die Umsetzung entsprechender Maßnahmen sollte auf politischer Ebene baldmöglichst ein Konsens herbeigeführt werden. Hermann Kues, Maria Eichhorn, Wolfgang Lohmann und die Vertreter der AGP appellierten an alle Beteiligten, gegen bekannt werdende Fälle von Gewalt in der Pflege vorzugehen und nicht wegzusehen. Es dürfe kein Pflegebedürftiger mehr wegen mangelhafter Betreuung Schaden nehmen. ■

# Bundesregierung fährt Hilfen für Spätaussiedler drastisch zurück

**Zu dem durch die Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1999 und zu den dort enthaltenen Kürzungen der Hilfen für Spätaussiedler erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk:**

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1999 enthält drastische Einschnitte bei den Hilfen für Spätaussiedler. So sollen die im Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit enthaltenen Mittel für Sprachförderung und für die Eingliederungshilfe von zuletzt 1,22 Mrd. DM im Jahre 1998 im Haushaltsjahr 1999 auf 800 Mio. DM gekürzt werden. Auch die im Haushalt des Bundesministeriums des Innern vorgesehenen Maßnahmen für Spätaussiedler und für die Unterstützung der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sollen um rund 100 Mio. DM von 636 Mio. DM (1998) auf 537 Mio. DM (1999) geschmälert werden.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unerklärlich, wie der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, von „Perspektiven einer neuen Aussiedlerpolitik“ durch die Politik von Rot-Grün schwär-

men kann. Insbesondere seine Klage über die Kürzung von Integrationsmitteln durch die frühere Bundesregierung erscheint grotesk.

Recht hat Jochen Welt, wenn er ausreichende Deutschkenntnisse für das Schlüsselwort zur Integration hält. Es fragt sich jedoch, wieso der Entwurf für den Bundeshaushaltsplan 1999 die Mittel für die Sprachförderung für Spätaussiedler dann erheblich absenken will. Es ist keine Frage: Politische Schwerpunktsetzung drückt sich auch in Haushaltstiteln aus. Auf die rot-grüne Aussiedlerpolitik gemünzt, bedeutet dies: Von rund 2,5 Mrd. DM an Hilfen für Spätaussiedler im Bundeshaushalt 1998 bleiben im Entwurf des Haushaltsplans für 1999 nur noch etwas mehr als 1,8 Mrd. DM.

Dieser Haushaltsentwurf der rot-grünen Bundesregierung mißt der Aussiedlerpolitik nicht jene große gesellschaftspolitische Bedeutung zu, die sie tatsächlich verdient und stets Grundlage der Aussiedlerpolitik von CDU und CSU war. Vollmundige Ankündigungen einer neuen Aussiedlerpolitik kehren sich in ihr Gegenteil um. Die von der rot-grünen Bundesregierung hervorgehobenen neuen Akzente und Schwerpunkte der Aussiedlerpolitik bedeuten im Klartext: Theoretische Gutachten statt konkrete Eingliederungshilfen.

## CDU/CSU und FDP deutlich vor Rot-Grün

Die CDU/CSU liegt nach einer Umfrage in der Gunst der deutschen Wähler mit 42 Prozent der Stimmen fünf Prozent vor der regierenden SPD (37 Prozent). Diese Zahlen ermittelte das Meinungsforschungsinstitut Forsa für die Hamburger Zeitung „Die Woche“. Befragt wurden 2.500 Bürger im Zeitraum vom 15. bis 19. Februar. Grüne und FDP kommen in der Umfrage auf jeweils sechs Prozent der Stimmen. Für die PDS votierten vier Prozent der Befragten. CDU/CSU und FDP liegen mit zusammen 48 Prozent der Stimmen deutlich vor Rot-Grün mit 43 Prozent.

# CDU und CSU stehen zur besonderen Verantwortung für unsere rußlanddeutschen Landsleute

**Nach einem Gespräch mit Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V. erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble:**

Die Rußlanddeutschen können sich weiterhin auf die Unterstützung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Christlich Demokratische Union sowie auf unsere Solidarität verlassen. CDU und CSU stehen weiterhin zu der besonderen Verantwortung Deutschlands für unsere rußlanddeutschen Landsleute. Dies gilt gleichermaßen für die Deutschen in ihren Siedlungsgebieten wie für die Spätaussiedler, die als Deutsche für sich und ihre Familien ihre Zukunft in Deutschland sehen. Das habe ich in meinem Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Rußlanddeutschen, Alois Reiss, Vorstandsmitglied Adolf Fetsch und Bundesgeschäftsführer Anton Wangler betont.

Angesichts der Unklarheit, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine rot-grüne Bundesregierung ihre Aussiedlerpolitik gestalten werden, begrüßten die Vertreter der Landsmannschaft, daß sie weiter Rückhalt von der CDU/CSU-Fraktion erhalten.

Die Vertreter der Landsmannschaft begrüßten die Aufklärungs- und Integrationskampagne der Union. Sie beklagten, daß die Befürworter einer generellen doppelten Staatsangehörigkeit unter anderem die Rußlanddeutschen als Beispiel anführten.

Dabei werde völlig verkannt, daß die Rußlanddeutschen sich bei uns eingliedern wollten und dafür gerne auf ihren bisheri-

gen (meist russischen oder kasachischen) Paß verzichten würden. Der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen immer wieder angeführte Vergleich hinkt in zweifacher Hinsicht: Zum einen werden Spätaussiedler als Deutsche nach Art. 116 des GG bei uns aufgenommen und nicht – wie integrationswillige Ausländer, die die gesetzlichen Kriterien erfüllen – eingebürgert. Das sind zwei völlig verschiedene Paar Stiefel.

Zum anderen behalten viele Spätaussiedler nur deshalb ihren bisherigen Paß neben dem deutschen, weil die Herkunftsstaaten hohe Gebühren von bis zu 750 DM pro Person für die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit erheben. Bei einer Familie mit fünf Kindern würden, so die Landsmannschaft, häufig Gebühren bis zu 7.000 DM für die Abgabe der alten Pässe verlangt, was viele nicht aufbringen können. So sind die meisten bei uns lebenden Rußlanddeutschen praktisch unfreiwillige Doppelstaater. Ich habe den Vertretern der Landsmannschaft der Rußlanddeutschen die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei ihren Bemühungen zugesichert, die Bundesregierung um Intervention bei den Regierungen der Herkunftsstaaten zu bitten, um diesem Dilemma bald abzuhelpfen.

Ich habe zugesagt, daß die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eva Maria Kors, bei der Bundesregierung Verbesserungen vor allem beim Sprachunterricht in den Herkunftsgebieten anregen werde. Ich hoffe darauf, daß der mit vernünftigen Kräften in der rot-grünen Koalition zu unserer Regierungszeit weiterhin bestehende Konsens in der Aussiedlerpolitik fortgesetzt werden kann. ■

# Mogelpackung Entschuldungsinitiative

**Zu der von der neuen Bundesregierung angekündigten Entschuldungsinitiative für die Entwicklungsländer auf dem G 7-Gipfel erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Jürgen Hedrich:**

Die von der neuen Koalitionsregierung vorgelegte sogenannte Kölner Schuldeninitiative 1999 ist eine Mogelpackung, die keine wesentlichen Neuerungen enthält. Bereits unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung hat die Bundesrepublik Deutschland im bilateralen und multilateralen Bereich zahlreiche Initiativen zur Schuldenerleichterung und zum Schuldenerlaß vorgebracht. Hierbei ist besonders auf den umfangreichen Schuldenerlaß für die am wenigsten entwickelten Länder und die besonders armen Länder Subsahara-Afrikas hinzuweisen. Insgesamt wurden diesen Ländern 9,1 Milliarden DM erlassen und neue finanzielle Mittel im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit seitdem nur noch als nicht-rückzahlbare Zuschüsse gewährt. Auch im multilateralen Bereich hat die Bundesrepublik Deutschland damals sowohl im Pariser Club als auch bei der Einführung der HIPC-Initiative eine Vorreiterrolle übernommen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt auch weiterhin jede Initiative zur Schuldenerleichterung bis hin zum Schuldenerlaß, wenn damit zugleich die Beseitigung der Ursachen der Überschuldung verbunden ist. Der Nachweis ernsthafter Reformanstrengungen des jeweiligen Entwicklungslandes ist für uns jedoch eine unverzichtbare Voraussetzung zum Schuldenerlaß über das bisherige Maß hinaus. Daher lehnen wir auch den Vorschlag der neuen Entwicklungshilfeministerin ab, die Frist für den Nachweis von Reformanstrengungen zu verkürzen. Im übrigen ist festzustellen, daß die sogenannte Kölner

Schuldeninitiative kaum neue Anregungen enthält. Die vorgelegte Liste der Länder, welche für eine Entschuldung nach der HIPC-Initiative in Frage kommen sollen, entspricht exakt der bereits von der alten Bundesregierung vorgesehenen Ländergruppe. Neu ist lediglich der Vorschlag eines Schuldenerlasses bei staatlich verbürgten Handelsschulden um 100% (bisher 80%), was in der Sache jedoch keinen wirklichen Fortschritt bedeutet.

Eine pauschale Ausweitung der internationalen Entschuldungsinitiativen lehnt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ab. Wir sprechen uns weiterhin für eine einzelfallgerechte Entschuldungsstrategie aus. Pauschale Schuldenerlasse ohne Bekämpfung der Ursachen der Überschuldung sind nicht sinnvoll. Unser Land hat in der Vergangenheit eine Vorreiterrolle übernommen, der die anderen Geberländer und auch private Gläubiger, Banken und Industrieunternehmen zuerst einmal nachfolgen müssen. Ziel aller Anstrengungen muß es dabei sein, grundlegende Reformen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Entwicklungsländern durch großzügige Schuldenregelung zu unterstützen. Die Kölner Schuldeninitiative der neuen Bundesregierung leistet hierzu keinen Beitrag, da sie die notwendige Konditionierung der Entschuldungsmaßnahmen vermissen läßt.

## Richtigstellung

In der Dokumentation 5/1999 „CDU – Partei der Familie“ ist uns ein Fehler unterlaufen. Daß „Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ stehen, steht in Artikel 6 des Grundgesetzes und nicht in Artikel 3, nach dem alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind.

# Aufbruch ins 21. Jahrhundert

## EVP-Aktionsprogramm 1999-2004

**Der XIII. Kongreß der Europäischen Volkspartei hat vom 4.-6. Februar in Brüssel ein Aktionsprogramm diskutiert und beschlossen, in dem die politische Richtung für die Arbeit der EVP und ihrer Fraktion im Europäischen Parlament in der kommenden Wahlperiode vorgegeben wird. *EVP News* hat den Inhalt des Programms zusammengefaßt:**

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht die Europäische Union vor neuen Herausforderungen. Das Europäische Parlament ist in weiten Bereichen zu einem gleichberechtigten Gesetzgeber geworden und hat damit erheblichen Einfluß auf die Lebensbedingungen aller 375 Millionen Bürger in den Mitgliedstaaten.

Deshalb muß die EVP dafür Sorge tragen, daß Europa nicht einseitig von einer sozialistischen Mehrheit dominiert wird. Die Europäische Volkspartei tritt bei den Europawahlen 1999 an, um stärkste Kraft im Europäischen Parlament zu werden und die politische Balance in den europäischen Institutionen wieder herzustellen. Wir stellen uns den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir wollen ein gemeinschaftliches Europa, das demokratisch, transparent und handlungsfähig ist.

### ● Agenda 2000

Der Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union ist nach der Wiedererlangung von Freiheit und Demokratie eine historische Aufgabe. Sowohl die Bewerberländer als auch die bisherigen EU-Mitglieder werden in vielfältiger Weise von der Erweiterung profitieren. Die Europäische Volkspartei tritt für eine tiefgreifende institutionelle Reform ein. Die Euro-

päische Union benötigt eine eigene Verfassung, um die Entscheidungsverfahren zwischen EU, Mitgliedstaaten und Regionen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips zu regeln. Die gesetzgeberischen Entscheidungen des Rates müssen grundsätzlich mit Mehrheit gefaßt werden. Dem Parlament muß die Entlassung einzelner Kommissare mit qualifizierter Mehrheit ermöglicht werden, um eine bessere Kontrolle der Kommission sicherzustellen. Diese muß nach Ansicht der EVP energisch gegen jedes Zeichen der Korruption vorgehen. Die künftige Finanzierung der EU sollte eine gesunde Mischung aus Solidarität, Angemessenheit und Effizienz darstellen und muß von allen Mitgliedstaaten gleichermaßen getragen werden.

### ● Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist von höchster Priorität. Um die Beschäftigungslage zu verbessern, fordert die EVP günstige Rahmenbedingungen für das Wachstum der europäischen Wirtschaft. Dazu gehören insbesondere eine innovations- und investitionsfreundliche Finanzpolitik, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik sowie die Koordinierung der nationalen Steuersysteme und die Einschränkung des Steuerwettbewerbs.

### ● Neue Chancen für Beschäftigung

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein zentrales Ziel der EVP. Wir treten dabei für ein subsidiäres Vorgehen innerhalb der Europäischen Union ein. Wachstum ist eine notwendige Voraussetzung für mehr

Beschäftigung. Der Europäische Binnenmarkt und die Währungsunion geben zusätzliche Impulse für neue Arbeitsplätze. Die EVP tritt für eine weitgehende Flexibilität auf den Arbeitsmärkten ein, damit kleine und mittlere Unternehmen auf dem Weg in eine globalisierte Welt optimale Rahmenbedingungen vorfinden.

### ● Reform des Europäischen Sozialmodells

Die Soziale Marktwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Die EVP sieht die Sozialfürsorge als Sicherheitsnetz für die wirklich Bedürftigen an, die unverschuldet in Not geraten sind. Die Eigenverantwortung des Einzelnen muß gestärkt werden; die großen Risiken müssen jedoch weiterhin eine Herausforderung für die Allgemeinheit sein.

### ● Europäische Bildungs- und Erziehungspolitik

Aus- und Weiterbildung sind die Grundlagen der Zukunft. Schulen und Ausbildungsformen müssen die unterschiedlichen Fähigkeiten der Schüler und Auszubildenden berücksichtigen. Nur Unterricht, der fordert, bereitet den Lernenden auf die vielgestaltigen Herausforderungen der Zukunft vor. Die Förderung der Mobilität, insbesondere das Erlernen von Sprachen, nimmt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein. Die Familie muß auch weiterhin das zentrale Element in der Erziehung Heranwachsender sein.

### ● Forschung und Technologie

Forschung und innovative Technologien sind und bleiben auch in Zukunft unabdingbare Voraussetzungen für Fortschritte in Wirtschaft, Produktivität und Wohlstand. Europa muß für Forschung und Innovation einen mit den Ausgaben Japans oder der USA vergleichbaren Teil des BSP aufwenden.

### ● Die Globalisierung des Verbrechens: eine Herausforderung

Die Bedrohung durch das organisierte Verbrechen ist eine der größten Herausforderungen der modernen Gesellschaft. Die Mitgliedstaaten müssen ihren politischen Willen zum gemeinsamen Handeln deutlich machen, um dieses Problem in effizienter Weise anzugehen. Die Zusammenarbeit der Justiz und die Ausstattung von Europol mit exekutiven und operationellen Befugnissen stellen die effektivsten Mittel zur Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität dar.

### ● Einwanderungs- und Asylrecht

Die Vereinbarung einheitlicher Einwanderungs- und Asylgesetze innerhalb der Europäischen Union hält die EVP vor dem Hintergrund des fortschreitenden Abbaus der Grenzkontrollen für außerordentlich wichtig. Es ist unhaltbar, daß in der EU verschiedene Gesetze und Vorgehensweisen existieren. Die Asylbewerber müssen zwischen den EU-Mitgliedstaaten verteilt werden, wofür gemeinsame Regelungen anzunehmen sind. Die Integration von Einwanderern ist ein grundlegendes Element der Migrationspolitik. Der Grundsatz einer einzigen Staatsbürgerschaft muß dabei jedoch aufrechterhalten werden.

### ● Europas Verantwortung in der Welt

Die Europäische Union benötigt eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die es ihr ermöglicht, eine politische Macht zu werden. Prävention und frühe Operationen zur Friedenssicherung müssen sich zu einem integrierten Konzept ergänzen. Darüber hinaus sollte die EU darauf abzielen, als solche im EU-Sicherheitsrat vertreten zu sein. Dem Ausbau ei-



# Stahlarbeiter fühlen sich verladen

**Vor einem Jahr ließ sich Gerhard Schröder als „Held von Salzgitter“ feiern. Als niedersächsischer Regierungschef wies er den Preussag-Konzern in die Schranken. Deutsche Stahlarbeitsplätze dürften nicht in die Entscheidungsgewalt ausländischer Konzerne fallen – so klang das Motto des Sozialdemokraten.**

Mit 1,06 Milliarden DM verhinderten Land und Norddeutsche Landesbank (Nord/LB) den Verkauf des zweitgrößten deutschen Stahlherstellers, der damals noch Preussag Stahl hieß, an die österreichische Voest Alpine AG. Der Landtagswahlkampf hatte ein Thema, von dem Schröder ordentlich profitieren konnte.

Die gut 12.000 Beschäftigten, unter anderem in den Stahlwerken Salzgitter, Peine und Ilsenburg, verließen sich seither auf Schröders Zusage. Das Land wollte mit seinem Engagement sicherstellen, daß die international nur mittelgroße Salzgitter AG nicht von einem anderem Partner dominiert werde.

Prompt löste jetzt die Nachricht von einer geplanten Übernahme durch die luxemburgische Arbed-Gruppe in den Werken helles Entsetzen aus. Ein Stahlarbeiter und SPD-Mitglied aus dem Werk Peine: „Plötzlich gelten die Zusagen nicht mehr. Wir fühlen uns

verladen. Das stinkt doch zum Himmel.“

Hinter den Kulissen haben die Nord/LB und das Finanzministerium den Salzgitter-Vorstand indessen seit längerem gedrängt, nach einem Partner zu suchen. Der Aktienkurs der Salzgitter AG war nach dem Börsengang rapide gesunken. Doch auch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und der Betriebsrat haben strategische Überlegungen gegenüber Vorstandschef Hans-Joachim Selenz vorangetrieben. Allerdings unter anderen Vorzeichen: keine Übernahme, sondern eine Partnerschaft, möglichst unter Führung der Salzgitter AG.

Nun soll Salzgitter-Chef Selenz zwar als stellvertretender Generaldirektor der Arbed-Führung angehören. Und Eingeweihte stellen eine ganze Reihe von Vorteilen der Stahlallianz Arbed-Salzgitter heraus. Doch ungeklärt ist nicht nur aus Sicht der Arbeitnehmer, wie die Salzgitter AG ihre Unternehmensstrategie selbst festlegen kann, wenn bei einem 70 bis 75 Prozent starken Arbed-Anteil alle wichtigen Investitionen natürlich in Luxemburg entschieden werden, wie Selenz dies laut Betriebsrat eingeräumt hat. Auch der Stahlhandel soll bereits von vornherein bei Arbed eingegliedert werden.

ner in die Europäische Union integrierten WEU als europäischem Pfeiler der NATO kommt eine große Bedeutung zu.

## ● **Bewahrung der Schöpfung**

Die EVP unterstreicht die Notwendigkeit einer gemeinsamen Europäischen Umweltpolitik. Die EVP ist fest dazu entschlossen, die Europäische Union zu einer Umwelt-

Union zu machen. Wichtige Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels stellen die Einführung einer europaweit abgestimmten, harmonisierten, aufkommens- und wettbewerbsneutralen Energiebesteuerung sowie freiwillige Beschränkungen dar. Die Umsetzung der Ziele der Klima-Konvention sind für die Verbesserung des Klimaschutzes unbedingt erforderlich. ■

# Abbau von Steuersparmodellen schädigt Werften

Die von SPD und Grünen geplante Einschränkung von Steuersparmodellen wird „für zahlreiche Werften den Ruin bedeuten und Tausende von Arbeitsplätzen vernichten“. Die Wirtschaftsminister der Küstenländer sollten deshalb ihr Vorgehen abstimmen, forderte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dietrich Austermann**, am 21. Februar in einem dpa-Gespräch.

Er reagiert damit auf die Einschränkungen von Verlustzuweisungsmodellen wie im Schiff- und Flugzeugbau, bei denen das Kapital von Privatanlegern mit erheblichen Steuerspar-Versprechen angelockt wird.

„Ausgerechnet der Kanzler aus Niedersachsen vernichtet Arbeitsplätze an der Küste“, kritisierte Austermann die Regierung von Kanzler Gerhard Schröder.

„Es ist zu hoffen, daß eine Mehrheit im Bundesrat die Zustimmung verweigert.“ Nach Feststellungen des Verbandes Schiffbau und Meerestechnik (VSM) würde das Festhalten an den neuen Steuerregelungen ein Auftragsvolumen von zwei Milliarden DM und allein 6.000 Arbeitsplätze nur auf den Werften gefährden. Hinzu kämen die Folgen für die Zulieferbetriebe mit einer

Auftragssumme von rund 1,5 Milliarden DM, sagte der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU-Landesgruppe im

*„Ich habe das Buch noch nicht gelesen. Ich will es auch nicht lesen.“*

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, **Wim Duisenberg**, zu dem Buch von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine und seiner Frau Christa Müller „Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle“

Bundestag. Von der Entscheidung der rot-grünen Regierung wären mindestens 15 von etwa 40 Werften sofort betroffen, da sie Neubauten einstellen müßten.

Bei einem Neubauumsatz von derzeit 5,5 Milliarden DM pro Jahr könnten die Werften derzeit mindestens 30 bis 40 Prozent ihrer Aufträge mit deutschen Reedern abwickeln. „Der weit überwiegende Teil wird mit Kommanditkapital finanziert“, sagte Austermann. Die Vernichtung solcher Gesellschaften wiege umso schlimmer, als inzwischen weitere Steuervorteile gekürzt worden seien.

## Hohe Ehrung für Hannelore Kohl

**Bundespräsident Roman Herzog hat die Ehefrau des früheren Bundeskanzlers, Hannelore Kohl, für ihren Einsatz für schädelhirnverletzte Unfallopfer ausgezeichnet.**

Er verlieh ihr das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik. Der Bundespräsident hat

Frau Kohl den Orden am 21. Februar in Berlin persönlich überreicht.

Roman Herzog würdigte vor allem, daß sich Frau Kohl für die Verbesserung der neurologischen Rehabilitation eingesetzt hat, um von einem Unfall betroffenen Menschen wieder eine Perspektive zu geben.

## SPD und PDS in Magdeburg beschließen gemeinsames Grundsatzpapier

SPD und PDS in Sachsen-Anhalt haben am 18. Februar erstmals ein gemeinsam formuliertes Grundsatzpapier zur Landespolitik verabschiedet. Im Magdeburger Landtag stimmten die Abgeordneten der beiden Parteien einem Entschließungsantrag zum Haushalt zu, der Ziele und Aufträge an die von den SED-Nachfolgern tolerierte SPD-Minderheitsregierung bis zum Jahr 2002 formuliert.

Dazu gehören unter anderem die in den Haushaltsverhandlungen besonders umstrittene Entwicklung der Finanzen für Kommunen und Kinderbetreuung, die Begrenzung der Personalkosten und die Überprüfung der Förderprogramme. Zudem soll sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung für die Steuerreform einsetzen.

SPD-Fraktionschef Rüdiger Fikentscher betonte in der Haushaltsdebatte, die Vereinbarung sei weder ein Koali-

tions- noch Tolerierungsvertrag. Vielmehr solle die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes durch langfristige Plänen gesichert werden. Die gegenwärtige Art der Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS – die nicht vertraglich vereinbarte Tolerierung – werde fortgesetzt. Die PDS-Fraktionsvorsitzende Petra Sitte wies Äußerungen der CDU zurück, bei dem Papier handele es sich um einen „kleinen Koalitionsvertrag“. Die PDS begreife sich weiterhin als „Opposition in gestaltender Verantwortung“. Der gemeinsame Antrag habe jedoch eine „hohe landespolitische Verbindlichkeit.“

Die CDU begrüßte unterdessen die Ankündigung des Landtagspräsidenten, den Oppositionsstatus der PDS vor dem Hintergrund der Vereinbarung erneut zu prüfen. Im Jahr 1997 waren die Christdemokraten mit einer Verfassungsklage gegen den Oppositionsstatus der PDS gescheitert.

## Überraschungserfolge: CDU gewinnt hoch bei Kommunalwahlen in Celle und Hameln

### Wiswe wird Landrat

Klaus Wiswe heißt der künftige „ein-gleisige“ Celler Landrat. Der 43jährige CDU-Kandidat, bisheriger Kreisrat, wurde am 21. Februar im ersten Wahlgang mit 60,5 Prozent gewählt. Der 56jährige Geschäftsführer Carl-Bertil Schwabe von der SPD erhielt 34,9 Prozent der fast 59.000 abgegebenen Stimmen.

### Arnecke überrascht

Klaus Arnecke ist zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Hameln gewählt worden. Der parteilose Verwaltungsprofi und Volljurist, der für die CDU ins Rennen gegangen war, siegte überraschend hoch. Er erhielt 58,49 Prozent der Stimmen. Christa Bruns (SPD) erreichte 31,21 Prozent.

## Friedrich-Ebert-Stiftung hat Tagung zur „Neuen Mitte“ abgesagt

**Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Tagung unter dem Thema „Die Neue Mitte – Wahlstrategie oder neue Mitte der Gesellschaft“ abgesagt.**

Wie die „Magdeburger Volksstimme“ am 13. Februar berichtete, wurde die Entscheidung damit begründet, die Stiftung habe keinen „innerparteilichen Streit“ in die Öffentlichkeit tragen wollen. Zudem solle eine „mögliche Begriffsverwirrung“ vermieden werden. Für die Tagung waren prominente SPD-Mitglieder sowie Vertreter des Meinungsforschungsinstituts Forsa, der Magdeburger Universität und des Fraunhoferinstituts eingeladen. Nachdem sich im Januar innerhalb der

SPD der PDS-kritische Flügel „Neue Mitte“ formiert hatte, habe er „auf die Bremse treten müssen“, zitierte die Zeitung den Büroleiter der Stiftung, Joachim Schlüter. Nicht die parteiinterne Gruppierung, sondern der soziologische Begriff sollte von den 800 geladenen Gästen diskutiert werden.

Ganz freiwillig war nach Recherchen der Zeitung die „Vollbremsung“ nicht. Die Bonner Stiftungszentrale habe das Magdeburger Büro gewarnt, mit diesem Thema könne man „jetzt nur auf die Nase fallen“. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Uwe Küster, der Anhänger der parteiinternen „Neuen Mitte“ sei, habe den Ausfall der Veranstaltung bedauert. Ebenso reagierte Hartmut Thiela aus dem Kreisverband Börde.

## Skandalserie beendet jäh die Schonfrist

*Nicht hundert Tage, sondern nur zwei Monate hatte die erste rot-rote Landesregierung in Deutschland, jene in Mecklenburg-Vorpommern, ungestört Zeit für ihre Gehversuche. Eine Skandalserie in der mitregierenden PDS beendet jäh die traditionelle Schonfrist, verärgerte den Seniorpartner SPD und lieferte der CDU willkommene Angriffsflächen. Fast gleichzeitig waren Verdachtsmomente im Falle mehrerer PDS-Abgeordneten aufgetaucht. Zeitungsberichte sprachen von Steuerhinterziehung, Fahnenflucht und Nötigung, was sich zwar nicht erhärten ließ, aber als Begleitmusik für schwerwiegendere Enthüllungen diente.*

*Die Fraktionsvorsitzende der PDS mußte zurücktreten, weil sie einen Augenstift und Wimperntusche in einer Drogerie gestohlen hatte. Die stellvertretende Landtagspräsidentin verlor ihr Amt, als herauskam, daß sie zu DDR-Zeiten im Rahmen einer SED-Kreisleitung Kontakte zur Staatssicherheit unterhalten hatte. Ein dritter Abgeordneter der SED-Nachfolgepartei wurde als jugendlicher Stasi-Mitarbeiter entlarvt, der seine Altersgenossen bespitzelt hatte. Die Pannenserie ließ nicht nur die PDS-Führung in Mecklenburg-Vorpommern verzweifeln, sondern warf ihren Schatten auch auf die SPD.*

**Neue Zürcher Zeitung**

## „Rostocker Erklärung“ gegen SPD-PDS-Koalition

**Ehemalige und jetzige SPD-Mitglieder und Opfer der SED-Herrschaft aus Mecklenburg-Vorpommern haben sich am 14. Februar in Rostock in einer Erklärung gegen die Schwärmer Koalition der PDS und SPD ausgesprochen.**

Die im November 1998 geschlossene Koalition werde abgelehnt, weil die PDS als Nachfolgepartei der SED in den vergangenen Jahre nichts getan habe, die politischen Verbrechen der SED rückhaltlos aufzuklären. Die „Rostocker Erklärung“ soll in den nächsten Wochen als Unterschriftenaktion bundesweit verbreitet werden.

In dem Papier werfen die Unterzeichner der PDS vor, nicht in der Lage zu sein, ihre politische Geschichte wahrheitsgemäß aufzuarbeiten. Die Partei mit ihrem „systemoppositionellen Charakter“ sei nicht daran interessiert, auf der Grundlage des Grundgesetzes das Land politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren und nach vorne zu bringen. Mit der Koalition habe die SPD-Führung allgemeingültige politische Grundprin-

zipien verraten. Die Erklärung wurde am Ende der Veranstaltung nahezu einstimmig von den rund 65 Versammlungsteilnehmern angenommen.

Gunter Weisgerber, Mitinitiator des SPD-Arbeitskreises „Neue Mitte“ rief bereits aus der SPD ausgetretene Mitglieder zu einem Wiedereintritt in die Partei auf. Die innerparteilichen Kräfte gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS müßten gestärkt werden. Man habe den Befürwortern bisher zu viel Raum gelassen und zu lange still gehalten. Die Zeit der Loyalität sei aber vorbei. Dagegen hatte das ehemalige SPD-Mitglied Bruno Schuckmann bekräftigt, eine neue sozialliberale Partei „SLP“ gründen zu wollen.

Die Versammlung in Rostock gedachte gleichzeitig der rund 5.000 nach 1945 auf Veranlassung der SED langjährig inhaftierten und der 20.000 verfolgten Sozialdemokraten. Auch erinnerte sie an die 400 sozialdemokratischen Opfer, die in den ersten Jahren der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland ums Leben kamen.

### Alles und nichts

*Ein Wort ist ein Wort – es sei denn, es kommt von den Höhen oder aus den Tiefen der rot-grünen Koalition. Es gibt mittlerweile keine Äußerung und keine Absichtserklärung mehr, die nicht umgehend relativiert, marginalisiert oder in die Nähe ihres Gegenteils interpretiert wird. Die Schrödersche Devise „Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser“ wird in einer halb belustigten, halb erschrockenen*

*Öffentlichkeit bereits umgedeutet in „Wir wollen vieles, aber nichts von dem, was wir wollen, können wir“.*

*In der Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Energiepolitik ist offenbar nichts mehr zum Nennwert zu nehmen, was an Plänen, Absichten oder Überlegungen in die öffentliche Debatte geworfen wird. Das zieht sich mittlerweile von oben bis unten durch alle Entscheidungshierarchien und Verantwortungsebenen.*

## Machen Sie mit beim Wettbewerb „Mitten im Leben“

**A**nregungen für die Arbeit der Gesamtpartei auf dem Weg zu mehr Bürgernähe soll der CDU-interne Wettbewerb „Mitten im Leben“ bringen, den Mitte Januar Generalsekretärin Angela Merkel gestartet hat. Die Ergebnisse werden auf dem 12. Parteitag vom 25. bis 27. April in Erfurt präsentiert.

Schon heute lassen die Einsendungen erkennen, wie groß die Vielfalt der Aktionen und Projekte ist, mit denen sich die CDU-Gliederungen beteiligen.

Mit unserem erneuten Aufruf zum Mitmachen möchten wir auch dieje-

nigen ermutigen, die möglicherweise Beispiele ihrer Parteilarbeit für nicht wichtig genug halten, um groß davon zu reden.

Schreiben Sie uns und beschreiben Sie die Projekte, die Sie in Angriff

**Einsendeschluß: 31. März**

genommen haben. Schicken sie uns nach Möglichkeit auch Fotos, die die Anteilnahme der Bevölkerung veranschaulichen.

Die besten bzw. interessantesten Projekte werden prämiert.

## Senioren gestalten das Europa des 21. Jahrhunderts

**U**nter diesem Motto findet am Montag, den **22. März, in der Kölner Flora, Botanischer Garten, von 15 bis 17.30 Uhr** ein Kongreß der Senioren-Union statt, zu dem deren Bundesvorsitzender Bernhard Worms herzlich einlädt.

Europa ist tagtägliche Realität. Der Europäische Binnenmarkt ist eine Selbstverständlichkeit, und die Weichen für die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung sind längst gestellt.

Bernhard Worms: „Wir Senioren möchten den richtigen Weg Europas weiterhin mitgestalten. Deshalb setzen wir uns auch im Europawahlkampf für ein Europa ein, das den Einigungsprozeß bejaht und für die

Bürger Ost-europas offen ist.“ Prominentester Redner: Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl.





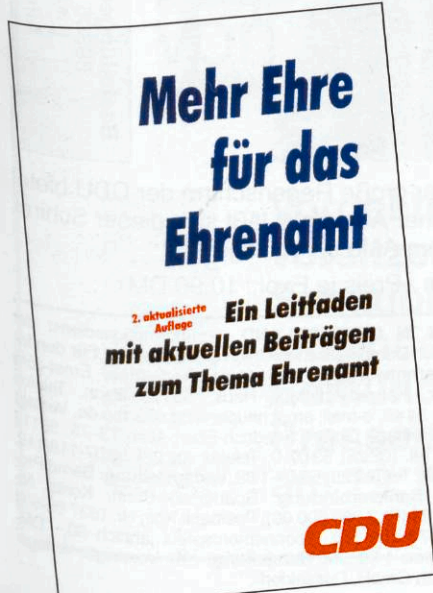
● **Faltblatt:  
Handeln für  
mehr  
Sicherheit**

Bestell-Nr.: 2376  
Verpackungseinheit: 100 Expl.  
Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

● **Leitfaden  
Verbrechens-  
vorbeugung  
vor Ort**

Schutz vor Krimi-

nalität, Gewalt und Eigentumsverlust ist ein elementares Grundbedürfnis. Steigende Kriminalitätsraten fordern wirkungsvolles Handeln und stärkere Präsenz des Staates, effektiveren Strafvollzug und eine bürgernahe Polizei. Sie erfordern aber auch ergänzende Schritte, um Kriminalität zu verhindern oder zumindest zu erschweren.



**Mehr Ehre  
für das  
Ehrenamt**

2. aktualisierte Auflage  
**Ein Leitfaden  
mit aktuellen Beiträgen  
zum Thema Ehrenamt**

**CDU**



**Verbrechens-  
vorbeugung  
vor Ort**

**Ein Leitfaden für die  
kommunalpolitische Arbeit**

Bundesausschuß Innenpolitik **CDU**

Der vorliegende Leitfaden soll Ihnen anhand von vielen Fachbeiträgen, Dokumentationen und Statistiken die notwendigen Anregungen für die Diskussion und die konkrete Umsetzung liefern.

Bestell-Nr.: 4274  
Verpackungseinheit: 25 Expl.  
Preis je Expl.: 21,50 DM

● **Mehr Ehre für das Ehrenamt**

Das ehrenamtliche Engagement ist und bleibt auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft. Doch es fällt zunehmend schwerer, kompetente und engagierte Mitglieder für die Arbeit in Vereinen und Verbänden zu gewinnen. Ist das Ehrenamt in der Krise? Der vorliegende Leitfaden soll Ihnen die notwendigen Informationen für die Diskussion in Ihrem CDU-Verband sowie Anregungen und Vorschläge für Aktionen liefern.

Bestell-Nr.: 4155  
Verpackungseinheit: 10 Expl.  
Preis je 10 Expl.: 15,00 DM

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.



**CDU-Regenschirm:** Das Foto beweist: Der große Regenschirm der CDU bietet Platz für eine ganze Familie. Ausgestattet mit einer Automatik läßt sich dieser Schirm auf Knopfdruck öffnen. Der Schirm sollte in jedem Auto bereit liegen.

Bestell-Nr.: **9439** · Verpackungseinheit: 1 Schirm · Preis je Expl.: 10,90 DM

Bestellungen an: IS-Versandzentrum · Postfach 14 65  
59306 Ennigerloh · Fax (0 25 24) 91 13 10  
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de  
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

# UiD

6/1999

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profflich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** **VVA** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.